

AKTUELL

DISKRIMINIERUNG IN LUXEMBURG

Unzureichende Fortschritte

Tessie Jakobs

In puncto Fremdenfeindlichkeit, Integration und LGBTIQ+-Rechte besteht in Luxemburg großer Handlungsbedarf. Zu diesem Urteil kommt ein Bericht der zuständigen Europäischen Kommission.

Ein am Dienstag veröffentlichter Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Ecri) kommt zur Schlussfolgerung: Trotz vieler Bemühungen besteht in Luxemburg bezüglich Diskriminierungsbekämpfung noch viel Handlungsbedarf.

Die Ecri wurde vom Europarat ins Leben gerufen, um den Umgang der Mitgliedstaaten mit Rassismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und anderen Arten der Intoleranz zu überwachen. Die Berichte, die die Ecri im Fünf-Jahres-Rhythmus anhand von Dokumentenanalysen sowie Gesprächen mit staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen erstellt, geben einen Überblick, welche Verbesserungen in dem jeweiligen Land erforderlich sind und wo Fortschritte erzielt wurden.

Bei dem am Dienstag veröffentlichten Bericht handelt es sich um den mittlerweile sechsten, in welchem die Ecri die spezifische Situation in Luxemburg analysiert. Dabei fasst sie insbesondere die Bereiche rechtliche Gleichstellung, Hassrede, hassbasierte Gewalt und Integration ins Auge.

Ihren Bericht beginnt die Ecri mit einer Aufzählung der Fortschritte: 2016 wurde das Fach „Vie et société“ eingeführt; seit 2017 wird Mehrsprachigkeit auch schon in der Vorschule gefördert; 2018 traten zwei Aktionspläne in Kraft, einer für LGBTIQ+-Rechte und einer für Integration; Diskriminierung wurde als erschwerender Umstand ins Strafgesetzbuch integriert (woxx 1704).

Mehr Kritik als Lob

Die Liste der erfolgten Maßnahmen ist zwar beachtlich – im Vergleich zu den vielen Kritikpunkten der Ecri ist sie allerdings kaum der Rede wert. In ihrem 2017 veröffentlichten Bericht hatte die Ecri die eingeschränkte Handlungsmacht des Centre pour l'égalité de traitement (CET) beanstandet. Die Luxemburger Regierung hat zwar inzwischen das Budget des Zentrums erhöht, nach wie vor fehlt ihm jedoch ein klarer legaler Status ebenso wie das Recht, vor Gericht zu klagen. Zudem, so ein weiterer Kritikpunkt der Ecri, fallen Diskriminierung bezüglich Hautfarbe, Sprache, Geschlechtsidentität und Geschlechtsmerkmalen nicht unter die Kompetenz des Zentrums.

Eine andere, bereits 2017 geäußerte Forderung: das Verbot von medizinisch nicht notwendigen Operationen an intergeschlechtlichen Neugeborenen (woxx 1748). Die Ecri bedauert, dass die Regierung bisher nicht über ein leeres Versprechen im Koalitionsabkommen hinausgegangen ist. Nicht nur eine entsprechende gesetzliche Änderung sei nötig: Es sei unabdinglich, das medizinische Personal in dieser Angelegenheit zu schulen und Betroffenen und ihren Familien leicht zugängliche Beratung und Unterstützung anzubieten. Das ist aber nicht der einzige Kritikpunkt bezüglich LGBTIQ+-Rechten: So gelte es die automatische Anerkennung der Co-Elternschaft „ohne Verzögerung“ gesetzlich zu verankern. Diese war qua Koalitionsabkommen zwar vorgesehen, es blieb allerdings bei einer Ankündigung.

Auch bezüglich Diskriminierung in der Schule spricht die Ecri Empfehlungen aus. Sie fordert einerseits die systematische Erhebung statistischer Daten zu Mobbing, Gewalt und Diskriminierung in Schulen. Andererseits greift sie die langjährige Forderung des Okaju nach einem Child Protection Officer in allen Schulen auf (woxx 1630). Dass Lehrkräfte und Erzieher*innen an Weiterbildungen zu Themen wie Rassismus, LGBTIQ+-Feindlichkeit und Menschenrechte teilnehmen können, findet die Ecri zwar loblich, ihrer Meinung nach müssten diese jedoch verpflichtend sein.

Ein großer Teil des Berichts nimmt die Situation von Migrant*innen in den Blick. So habe die Regierung nicht in ausreichendem Maß Schritte unternommen, um der Diskriminierung von Migrant*innen bei der Wohnungssuche entgegenzuwirken. Auch an dem Angebot an Sprachkursen für Migrant*innen stört sich die Ecri. Betroffene erhielten nicht ausreichend Beratung bezüglich der zu belegenden Kurse; außerdem sei deren Inhalt nicht an die Erfordernisse des Arbeitsmarktes angepasst.

Im Allgemeinen fordert die Ecri die nationalen Behörden dazu auf, Indikatoren auszuarbeiten, um Integrationsmaßnahmen zu evaluieren, und statistische Daten zu sammeln, „with the sole purpose of assessing progress and challenges in the integration of all migrants living in the country, while ensuring that the principles of confidentiality, voluntary self-identification and informed consent are maintained“. Dabei müsste Mehrfachdiskriminierungen eine besondere Aufmerksamkeit zukommen.

SHORT NEWS

Protest für das Wohnrecht

(is) – Die Koalition Wunnrecht lädt diesen Samstag, den 23. September, zur Demo „Faites du Logement“ mit Volksfest, Kundgebung und Rundtischgespräch im Anschluss ein. Los geht es um 11 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz in Luxemburg-Stadt: Ein Straßenmarsch soll auf die anhaltende Wohnungskrise im Großherzogtum aufmerksam machen. Ab 12 Uhr kommen die Demonstrant*innen auf der Place du Parc in Bonnevoie zusammen, wo neben einem Konzert von Serge Tonnar (12:30 Uhr) und Circus of Doom (17:30 Uhr) auch eine Kundgebung des Verbunds (13:00 – 13:30 Uhr) und juristische Hilfestellung bei Wohnrechtsfragen (13:30 – 15:30 Uhr) stattfinden. Zeitgleich gibt es eine Präsentation der „Tiny House Community Luxembourg“ sowie der Wohnkooperative „Ad-hoc habitat participatif“ (13:30 – 15:30 Uhr) und einen Workshop zur Wohnungssuche in Luxemburg (14 – 15 Uhr) mit Pascale Zaourou, Präsidentin des Clae und Autorin des Handbuchs „Le Luxembourg pas cher“. Später fühlt der Journalist Luc Caregari Politiker*innen auf den Zahn: Beim Rundtischgespräch „Comment sortir de la crise du logement au Luxembourg?“ (15:30 – 17 Uhr) sind Vertreter*innen der aktuellen Regierungs- und Oppositionsparteien vertreten. Das Gespräch ist auf Luxemburgisch, mit Übersetzung ins Französische. Im Vorfeld der Demo veröffentlichte die Koalition Wunnrecht selbst einen Forderungskatalog an den Staat, Gemeinden und öffentliche Akteur*innen: Darin verlangt sie unter anderem die Ratifizierung und Umsetzung des Wohnrechts gemäß der europäischen Sozialcharta, die Erfassung leerstehender Gebäude oder auch den kurzfristigen Bau von bis zu 6.000 Sozialwohnungen.

Stella Assange en conférence à Luxembourg

(fg) – Où en est Julian Assange après quatre ans de détention en Angleterre, d'où il risque une extradition vers les États-Unis, qui le menacent de 175 ans de prison ? Stella Assange, épouse et avocate du journaliste, sera à Luxembourg ce lundi 25 septembre pour faire le point sur la situation juridique et personnelle du fondateur de Wikileaks, au cours d'une conférence au Casino syndical, à Bonnevoie. La juriste, spécialiste des droits humains, a rencontré Julian Assange en 2011 et l'a épousé l'an dernier, en prison. En amont de la conférence publique, elle rencontrera le groupe parlementaire de soutien à Julian Assange, créé en mars dernier et constitué de huit député-es Déi Lénk, Déi Gréng, pirates et ADR. Les États-Unis demandent l'extradition de l'Australien de 52 ans, qu'ils accusent d'espionnage pour avoir publié, à partir de 2010, plus de 700.000 documents confidentiels sur les activités militaires et diplomatiques américaines, en particulier en Irak et en Afghanistan. Ces fuites révélaient des crimes de guerre commis par l'armée américaine ou la surveillance exercée par Washington sur ses plus proches alliés. Le cas personnel de Julian Assange porte un enjeu plus vaste sur la liberté d'expression, les informations publiées sur Wikileaks étant d'intérêt général.

Conférence publique au Casino syndical, à Bonnevoie, lundi 25 septembre à 18h30. La conférence se déroulera en anglais, avec une interprétation en français.

EU-Tunesien-Deal: Bierdeckelpolitik

(tf) – Die Bürger*innenbeauftragung der Europäischen Union (EU-Ombudsman), Emily O'Reilly, nimmt den EU-Tunesien-Deal zur Flüchtlingsbekämpfung unter die Lupe. Geprüft werden soll laut einer Pressemitteilung von vergangener Freitag, ob das Abkommen den rechtlichen Standards der EU entspricht. Im Juli hatten EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Tunesiens Präsident Kais Saïed ein rechtlich nicht bindendes „Memorandum of Understanding“ unterzeichnet („Meloni macht das Spiel“; woxx 1749), wonach das nordafrikanische Land 105 Millionen Euro für die Bekämpfung „irregulärer Migration“ in Richtung EU bekommen soll. Bis 13. Dezember dieses Jahres muss die EU-Kommission nun erläutern, ob sie vor Unterzeichnung des Abkommens geklärt hat, was dieses für die Einhaltung der Menschenrechte in Tunesien bedeuten wird. Während von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union am Mittwoch vergangener Woche bereits ähnliche Abkommen mit weiteren Ländern angekündigt hat, stößt der Tunesien-Deal auch unter den EU-Mitgliedsstaaten auf Ablehnung. Dies vor allem, weil prozedurale Regeln nicht beachtet worden seien. Das berichtete die britische Tageszeitung „Guardian“ vergangenen Montag unter Berufung auf einen Brief des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell, den dieser Anfang des Monats an Olivér Várhelyi, den EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik, gesandt haben soll. Demnach könne das Memorandum „nicht als brauchbare Vorlage für künftige Abkommen“ betrachtet werden, zitiert das Blatt. Es habe die „rechtliche Bindekraft eines Bierdeckels“, so auch die niederländische liberale Europaabgeordnete Sophie In't Veld vergangene Woche während einer Debatte im EU-Parlament.